



TARIFRUNDEN 2023

„EURE GUTEN ZIELE BRAUCHEN EUER ENGAGEMENT!“

Der Beginn des neuen Jahres markiert auch den Start für zwölf Monate intensiver Tarifverhandlungen in verschiedenen Branchen in Niedersachsen und Bremen. Bei der Deutschen Post AG sind die Gespräche über die Gehälter der rund 160 000 Tarifbeschäftigten bereits gestartet. ver.di fordert eine Entgelterhöhung von 15 Prozent. Unmittelbar an diese Verhandlungen schließt sich die Tarifrunde für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienst im Bund und den Kommunen an. Als Gewerkschaft fordern wir eine Anhebung der Einkommen um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro monatlich bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Im weiteren Verlauf des Jahres 2023 steht noch die Tarifrunde im Handel ins Haus, bevor dann im Herbst die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder beginnen. Zu diesen vier großen Tarifrunden wird es in Niedersachsen und Bremen noch viele weitere Haustarifverhandlungen geben.

Die bislang aufgestellten Forderungen sind deutlich höher, als bei Verhandlungen der Vergangenheit. „Sie sind aber auch berechtigt und machbar“, sagt ver.di-Landesbezirksleiter Detlef Ahting. Die anhaltend hohe Inflation mit gestiegenen Lebensmittelpreisen und die hohen Kosten für die Energie- und die Stromversorgung verursachen trotz der wichtigen Entlastungspakete tiefe Löcher in den Geldbeuteln und Haushaltskassen der Beschäftigten. „Dauerhaft gestiegene Lebenshaltungskosten brauchen dauerhaft wirkende Steigerungen der Einkommen, mit Einmalzahlungen ist

das nicht getan.“ Gerade die Beschäftigten mit niedrigen und mittleren Einkommen würden die Belastungen besonders treffen, durch die Forderungen nach Mindesterhöhungen stehen sie im Zentrum der diesjährigen Tarifverhandlungen. Die Beschäftigten der Deutschen Post AG erleben einen enormen Erfolg ihres Unternehmens bei gleichzeitig extrem hohen Belastungen in ihrer Arbeit. Sie würden jetzt zu Recht eine ordentliche Erhöhung mit einer adäquaten Beteiligung an den sehr hohen Gewinnen des Unternehmens erwarten. „Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst müssen immer mehr zusätzliche Aufgaben übernehmen, zum Beispiel im Zusammenhang mit Geflüchteten aus der Ukraine oder der Pandemie. Das führt zu massiven Arbeitsbelastungen. Neben der Sicherung der Realeinkommen erwarten wir auch dafür eine spürbare Anerkennung“, sagt der Landesleiter.

Die Herausforderungen der anstehenden Tarifrunden in diesem Jahr sind, nach Einschätzung der Landesleitung, nur dann zu stemmen, wenn alle betroffenen Beschäftigten sich gut einbringen. „Eure guten Ziele brauchen euer Engagement“, sagt Ahting. Er erwartet, insbesondere im Verlauf der Verhandlungen im Öffentlichen Dienst, starke Widerstände der Arbeitgeberseite. „Nur gemeinsam kann der erforderliche große Druck auf die Arbeitgeber erzeugt werden. Wenn das gelingt, haben wir gute Aussichten auf Erfolg“, ist Landesbezirksleiter Detlef Ahting sicher.



VER.DI VERURTEILT ANGRIFFE AUF EINSATZKRÄFTE AN SILVESTER IN NIEDERDACHSEN UND BREMEN

Seit dem Jahreswechsel hat auch uns als Gewerkschaft die Vielzahl der zum Teil heftigen bis brutalen Übergriffe auf Einsatzkräfte während der Silvester-Feierlichkeiten schockiert. Nicht nur in Berlin, auch in Niedersachsen und Bremen ist es an mehreren Orten zu solchen Szenen gekommen. Ermittelt wird unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigungen an Polizei- und Feuerwehrfahrzeugen, tätliche Angriffe auf Einsatzkräfte, Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Angaben der Polizei und der Feuerwehr zufolge, seien die Attacken auf Feuerwehrleute, Rettungskräfte und Polizisten deutlich brutaler gewesen, als bislang. Die Einsatzkräfte seien mit einer „zunehmenden Gewaltbereitschaft“ konfrontiert gewesen, sagte der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen dem NDR. Inzwischen hat sich der Innenausschuss des niedersächsischen Landtags mit den Vorfällen befasst. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius hat angekündigt, dass er sich in Kürze mit den niedersächsischen Gewerkschaften und Vertretern der Einsatz- und Rettungskräfte treffen will, wir sind mit unseren Feuerwehrkolleg:innen mit dabei. Es soll darum gehen gemeinsam konkrete, geeignete Maßnahmen zu beraten und vor allem auch auf den Weg zu bringen. Innenminister Pistorius will das Thema außerdem auf der nächsten Innenministerkonferenz in Berlin auf die Tagesordnung setzen. Beide Maßnahmen begrüßen wir, sagen aber auch sehr deutlich, dass es überfällig ist.

Als für die Rettungsdienste sowie die Feuerwehr zuständige Gewerkschaft verurteilen wir die Gewalt gegen Einsatzkräfte in der Silvesternacht scharf. Wir sagen aber auch, dass es nicht nur ein Silvesterproblem ist. Es geht über die Bereiche Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehr hinaus. Unsere Kolleg:innen in Jobcentern, Krankenhäusern und an vielen weiteren Stellen erleben Bedrohungen und Übergriffe. Gewalt gegen Beschäftigte in öffentlichen Dienstleistungen darf keinesfalls als Berufsrisiko in Kauf genommen werden, das gilt für das gesamte Jahr. ver.di fordert die Dienstherren und Arbeitgeber in Bund, Ländern und Kommunen auf, ihren Fürsorgepflichten gegenüber den Beschäftigten deutlich mehr nachzukommen. Wir brauchen geeigneten präventive Maßnahmen, damit An- und Übergriffe auf die dort eingesetzten oder arbeitenden Menschen verhindert werden. Bessere technische Ausstattungen, mehr Personal und

verbesserte Abläufe könnten nur erste Schritte sein, um die Situation für die Beschäftigten zu verbessern. Seit Langem fordern wir als Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Maßnahmen zum Schutz aller Einsatzkräfte und Beschäftigten, die sofort wirksam sind. Trotz vielfacher Zustimmung der politische Verantwortlichen ist hier in den vergangenen Jahren vieles versäumt worden.

Darum sagen wir: Geredet wurde genug, jetzt ist schnelles, nachholendes Handeln gefragt.

Dazu gehören aus unserer Sicht:

- » Die Verbesserung der Personalausstattung bei der Feuerwehr und im Rettungsdienst, um Aus- und Fortbildung zu gewährleisten und Stress durch unzumutbare Einsatzbelastungen zu vermeiden
- » Die medizinische und psychologische Nachsorge, sowie Therapie- und Beratungsangebote.
- » der Einsatz von Kameras und automatischen Verriegelungssystemen auf Einsatzfahrzeugen zur Dokumentation und eventueller Strafverfolgung
- » Vorsorgemaßnahmen für die Beschäftigten in Ämtern und Behörden
- » im Fall von Übergriffen müssen Arbeitgeber/Dienstherren und Kommunen alle Beschäftigten rechtlich unterstützen und auch Strafanträge stellen

„Der Angriff auf Einsatzkräfte im Dienst ist ein Angriff auf uns alle“, sagt Detlef Ahting, ver.di-Landesleiter in Niedersachsen und Bremen. Gerade diese Beschäftigten würden Menschen in Not helfen. „Sie helfen, Leben zu retten. Gezielte und vorsätzliche Angriffe auf sie betreffen die gesamte die Gesellschaft insgesamt und sind in keiner Weise zu akzeptieren“, so der Landesleiter weiter. Das gelte gleichermaßen für die Beschäftigten in Behörden und Ämtern.

Insofern ist die DGB-Kampagne „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ aktueller denn je: <https://mensch.dgb.de>